

NOMOSPRAXIS

Kaniess

Abschiebungshaft

Rechtshandbuch für die Praxis

2. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Dr. Nicolai Kaniess
Richter am Amtsgericht Tiergarten

Abschiebungshaft

Rechtshandbuch für die Praxis

2. Auflage



Nomos

Zitervorschlag: Kaniess Abschiebungshaft-HdB Kap. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1393-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-1935-3 (ePDF)

2. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Das Recht der Abschiebungshaft ist seit der ersten Auflage umfangreicher geworden: Neue Haft- und Gewahrsamsarten sind ebenso hinzugekommen wie zahlreiche Entscheidungen des BGH ua zu Verfahrensrechten, Hafttatbeständen und haftgerichtlicher Prüfungskompetenz. Die Einarbeitung dieser Neuerungen einerseits und ein verbreitetes Themenspektrum andererseits (zB Fokus auf behördlicher Festnahmebefugnis, Haftvollzug und Haftentschädigung) rechtfertigen eine zweite Auflage. Sie behandelt nun auch prozessuale Fragen, die sich mir erst in der Praxis der letzten Zeit vertieft gestellt haben (zB Befangenheits- und Beweisanträge, Stuhlbeschlüsse oder Aneinanderreihung einstweiliger Anordnungen).

Das Buch ist neu in Kapitel strukturiert, um nachfolgende Änderungen zu erleichtern. Denn diese werden kommen: Im Vorwort der ersten Auflage schrieb ich, das Rechtsgebiet sei Spielball aktueller politischer Auseinandersetzung. Dieser Trend hält ungebrochen an, was der Sache nicht guttut. Schon der bisherige, nicht selten populistische Umgang mit dem Thema war bisweilen missglückt. Aktuelle Diskussionsentwürfe lassen nicht unbedingt Besseres erwarten. Die zweite Auflage lässt ggf. kommende Änderungen zT schon im Text anklingen und wird sie iÜ inhaltlich und mit aktualisierten Mustern (s. Kap. 17) auf der Buch-Webseite (www.abschiebungshaft-buch.de) begleiten.

Wie beim letzten Mal danke ich für ihre Hilfe bei der Erstellung dieses Buches in alphabetischer Reihenfolge vor allem ganz herzlich: Frau Buhlmann (LEA Berlin) für ihre aufwendige Durchsicht und die ebenso wertvollen wie klugen Anmerkungen aus ausländerbehördlicher Perspektive. Herrn Dr. Grotkopp (AG Bad Segeberg) für den unterhaltsamen und spannenden Austausch und seine Gedanken in Artikel-, Buch- und E-Mail-Form. Herrn Dr. Wolf (VG Berlin), der abermals den ausländerrechtlichen Teil mit der spitzen Feder des Verwaltungsrichters auseinandernahm und richtig wieder zusammensetzte. Darüber hinaus danke ich für spannende Diskussionen und Anregungen am AG Tiergarten Herrn Bahners (insbes. zu Sammelchartern und Beschleunigungsgebot), Herrn Bauer (insbes. zu Fehlerfolgen), Herrn Herbst (insbes. zu Befangenheit und Gegenstandswerten), Frau Rieger und Herrn Dr. Schmeding. Und ebenso den vielen Kolleg/innen in Fortbildungen mit ihren Anregungen und Fragen, die mich stets gefreut und beschäftigt haben (und es zT noch immer tun).

Der Bearbeitungsstand ist Oktober 2023 mit der bis dahin veröffentlichten Rechtsprechung und Literatur. Anmerkungen, Hinweise und Kritik aus der Leserschaft sind mir unter kontakt@abschiebungshaft-buch.de stets herzlich willkommen.

Berlin, im Oktober 2023

Nicolai Kaniess

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Literaturverzeichnis	19
Kapitel 1 Funktionale Einordnung und Haftarten	21
I. Sicherung der Verwaltungsvollstreckung	21
1. Ablauf des Abschiebungsverfahrens	21
2. Sicherung durch Haft	22
II. Gerichtliche Kompetenzverteilung	22
III. Grund- und europarechtliche Vorgaben	23
IV. Haftarten	24
1. Haft im Zusammenhang mit dem Grenzübertritt	24
2. Haft nach Grenzübertritt	25
a) Sicherung des Verfahrens(abschlusses)	25
b) Haft nach Verfahrensabschluss	26
3. Wahl zwischen Haftarten	26
Kapitel 2 Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	27
I. Vollzieh- und vollstreckbare Ausreisepflicht	27
1. Bestehen einer Ausreisepflicht	27
a) Nicht erforderlicher Aufenthaltstitel	28
b) Aufenthaltsgestattung durch Asylantrag	30
aa) Praxisrelevante Zweifelsfälle	30
bb) Asylantrag aus Haftgerichtsgewahrsam	33
cc) Erlöschen der Aufenthaltsgestattung	34
c) Ablauf oder Aufhebung eines Aufenthaltstitels	35
d) Duldung	36
e) Ausreisepflicht wg. unerlaubter Einreise	36
aa) Fehlender Pass oder Passersatz	36
bb) Fehlender erforderlicher Aufenthaltstitel	37
cc) Visumrücknahme oder -annullierung	37
dd) Einreise- und Aufenthaltsverbot	38
ee) Fehlende Reisegenehmigung	38
2. Vollzieh- und Vollstreckbarkeit der Ausreisepflicht	39
a) Vollziehbarkeit (1. Schritt)	40
b) Androhung oder Anordnung (2. Schritt)	42
aa) Regelfall (Nicht-Asylverfahren)	42
bb) Ausnahmefall (Asylverfahren)	43

cc) Sog. „Rückkehrentscheidung“	43
II. Haftgründe	44
1. Fluchtgefahr	44
a) Vermutungstatbestände (Abs. 3a)	45
aa) Identitätstäuschung (Nr. 1)	45
bb) Nichterscheinen bei Anhörung bzw. Untersuchung (Nr. 2)	46
cc) Aufenthaltswechsel ohne Anzeige (Nr. 3)	47
dd) Aufenthalt trotz Einreise- und Aufenthaltsverbots (Nr. 4)	49
ee) Entziehung in der Vergangenheit (Nr. 5)	50
ff) Erklärung der Entziehung (Nr. 6)	52
b) Indiztatbestände (Abs. 3b)	53
aa) Identitätstäuschung (Nr. 1)	54
bb) Schleuserkosten (Nr. 2)	54
cc) Präventivgewahrsam (Nr. 3)	55
dd) Strafrechtliche Verurteilungen (Nr. 4)	56
ee) Fehlende Mitwirkung (Nr. 5)	57
ff) Räumliche Beschränkung, Auflage (Nr. 6)	58
gg) Overstayer nach erlaubter Einreise (Nr. 7)	60
2. Unerlaubte Einreise	61
3. Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG)	62
III. Durchführbarkeit der Abschiebung	63
1. Haftdauer und Abschiebungshindernisse	63
a) Stufenkonzept der Haftdauer	63
aa) Haftstufe 1 (bis zu 3 Monate)	63
bb) Haftstufe 2 (bis zu 6 Monate)	64
cc) Haftstufe 3 (bis zu 18 Monate)	65
dd) Beispielsfälle im Stufenkonzept	65
ee) Fristberechnung und Bezugspunkt	67
b) Abschiebungshindernisse	67
aa) Beispiele für Hindernisse	67
bb) Vertretenmüssen	69
cc) Duldung und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	70
(1) Wegfall einer Duldung	70
(2) Angestrebte Duldung	71
2. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren	72
IV. Haftausschließungsgründe	74
1. Freiwillige Ausreisebereitschaft	74

2. Angemessenheit der Haft	76
a) Beschleunigungsgebot	76
aa) Zeitraum vor der Haftanordnung	76
bb) Zeitraum nach der Haftanordnung	77
b) Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 und 2 GG)	79
c) Schwangerschaft der Ausländerin	81
d) Minderjährigkeit des Ausländers	81
e) Haftunfähigkeit	82
3. Haftvollzug	83
a) Anwendungsbereich und Haftgerichtsmaßstab	83
b) Inhalt des Trennungsgebotes	84
c) Gefährder-Ausnahme für JVA	86
d) Minderjährige und Familien	87
e) Überführungszeiten in Polizeigewahrsam	87
f) Vollzug und Rechtsschutz	87
Kapitel 3 Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	89
I. Vollzieh- und vollstreckbare Ausreisepflicht	89
II. Erforderlichkeit des Gewahrsams	89
1. Grundvoraussetzungen	89
2. Gewahrsamsgrund	90
a) Verletzung von Mitwirkungspflichten	90
b) Täuschungsverhalten	91
c) Strafrechtliche Verurteilung	91
d) Fristüberschreitung um mehr als 30 Tage	91
III. Ermessensausübung	91
IV. Dauer, Einvernehmen und Vollzug	92
Kapitel 4 Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	94
I. Möglichkeit des Verwaltungsaktes	94
1. Ausweisung	94
2. Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG)	96
II. Zu erwartender Bescheiderlass	98
III. Wesentliche Erschweris oder Vereitelung	99
IV. Haftdauer und Vollzug	99
1. Prognose und Zeitraum	100
2. Haftvollzug	100

Kapitel 5	Ergänzende Vorbereitungshaft (§ 62c AufenthG)	101
I.	Aufenthalt trotz Einreise- und Aufenthaltsverbots	102
II.	Vorbereitung einer Abschiebungsandrohung (§ 34 AsylG)	102
III.	Gefahrentatbestand	104
IV.	Haftdauer und Vollzug	105
1.	Vier-Wochen-Frist und Ausnahmen	105
2.	Haftvollzug	106
Kapitel 6	Überstellungshaft	
	(Dublin-III-Verordnung/Asyl-Migrations-Verordnung-E)	107
I.	Anwendungsbereich	107
1.	Dublin-III-Verordnung	107
2.	Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement	108
3.	Voraussetzungen der Haftanordnung	108
II.	Vollzieh- und vollstreckbare Ausreisepflicht	108
1.	Grundsatz	108
a)	Abschiebungsanordnung (Regelfall)	109
b)	Abschiebungsandrohung (Ausnahme)	109
2.	Aufgriff- und weitere Fälle	109
3.	Sicherungsfähiges Überstellungsverfahren	110
III.	Haftgrund	111
1.	Verweis auf die Sicherungshaft	112
2.	Originäre Indiztatbestände	114
a)	Nicht nur vorübergehender Staatenwechsel	114
b)	Asyl-Hopping	116
IV.	Durchführbarkeit der Überstellung	116
1.	Frist für die Haftdauer	117
a)	Zuständigkeitsbestimmungsverfahren abgeschlossen	117
b)	Zuständigkeitsbestimmungsverfahren noch offen	117
2.	Verlängerung der Frist	118
V.	Sonstige entgegenstehende Gründe	118
Kapitel 7	Zurückschiebungshaft (§ 57 Abs. 3 AufenthG)	119
I.	Anwendungsbereich der Zurückschiebung	119
1.	Grundsatz	119
2.	Asylbewerber	120
II.	Vollziehbare Ausreisepflicht	121
III.	Weitere Haftvoraussetzungen	122
IV.	Haftvollzug	122

Kapitel 8	Zurückweisungshaft und Transitgewahrsam (§ 15 AufenthG)	123
	I. Anwendungsbereich	123
	II. Behördliche Entscheidung	124
	III. Haft- bzw. Gewahrsamsgrund	125
	1. „Unechte Zurückweisungshaft“	125
	2. Alle Haft- bzw. Gewahrsamsfälle	126
	IV. Haft- bzw. Gewahrsamszeitraum	126
	V. Weitere Haftvoraussetzungen	127
	VI. Haftvollzug	128
	1. Zurückweisungshaft	128
	2. Transitgewahrsam	129
Kapitel 9	Mitwirkungshaft und -gewahrsam	
	(§§ 62 Abs. 6, 82 Abs. 4 S. 3 AufenthG)	130
	I. Sicherung der Vorführung	131
	1. Mitwirkungsgewahrsam	132
	2. Mitwirkungshaft	132
	3. Rechtmäßigkeitskontrolle	132
	II. Gewahrsams- bzw. Haftgrund	133
	1. Mitwirkungsgewahrsam	133
	2. Mitwirkungshaft	134
	III. Ermessen	134
	IV. Dauer und Verfahren	135
	V. Haftvollzug	136
Kapitel 10	Behördliche Freiheitsentziehung in der Abschiebung	138
	I. Befugnisnorm für Freiheitsentziehung	138
	1. § 58 Abs. 4 AufenthG (iVm VwVGen)	138
	2. Abschiebungshaft-Normen	139
	3. Polizeirechtliche Normen	139
	a) Polizeiliche Amtshilfe	140
	b) Eigene Zuständigkeit der Polizei	140
	4. Ergebnis	141
	II. Pflicht unverzüglicher Antragstellung	141
	III. Fehlerfolge und Rechtsmittel	141
Kapitel 11	Behördliche Festnahme zur Gerichtsvorführung	142
	I. Gestufte Gerichtseteiligung	142
	II. Befugnisnormen für behördliche Festnahme	143
	1. Regelungen im AufenthG	143

2. Fehlende Regelungen im AufenthG	143
a) Mitwirkungshaft und -gewahrsam	143
b) Vorbereitungshaft	144
c) Zurückweisungshaft und Transitgewahrsam	144
III. Voraussetzungen des Gewahrsams	145
1. Dringender Verdacht der Haftvoraussetzungen	145
2. Unmöglichkeit voriger gerichtlicher Haftentscheidung	146
3. Begründeter Verdacht der Entziehungsabsicht	147
IV. Unverzügliche Gerichtsvorführung	147
1. Maximaldauer und Maßstab	147
2. Vorführung bei kurzer Freiheitsentziehung	148
V. Vollzug des Gewahrsams	149
VI. Fehlerfolge und Rechtsmittel	149
1. Rechtsmittel während des Gewahrsams	149
2. Rechtsmittel nach dem Gewahrsam	150
Kapitel 12 Haftantragstellung	151
I. Antragsform und Aktenvorlage	151
II. Antragsberechtigung (Zuständigkeit)	152
1. Sachliche Zuständigkeit	152
2. Örtliche Zuständigkeit	153
a) Ausländerbehörden	153
aa) Gewöhnlicher Aufenthaltsort	153
bb) Aufgriffsort	154
cc) Amtshilfe	155
b) Polizei- und Grenzbehörden	155
III. Antragsbegründung	155
1. Grundsatz	156
2. Wahl der Haftart	157
3. Darlegung von Identität und Aufenthalt	158
4. Darlegung der einzelnen Haftvoraussetzungen	158
a) Vollziehbare Ausreisepflicht	158
b) Vollstreckbarkeit (insbes. Rückkehrentscheidung)	160
c) Haft- bzw. Gewahrsamsgründe	161
d) Haftdauer	163
aa) Mitteilung des konkreten Abschiebungstermins	164
bb) Hinreichend konkrete Darlegungen	164
cc) Begründung für bis zu drei Monate	165
dd) Begründung für mehr als drei Monate	167

ee) Sonderregelungen (Dublin III, Rücknahmeabkommen)	167
ff) Angaben zur Dokumentenbeschaffung	169
gg) Auskünfte anderer Behörden	170
hh) Zeitangaben bei Sicherheitsbegleitung	171
ii) Puffer für „allfällige Verzögerungen“	174
e) Haftvollzug, Einvernehmen und Sonderfragen	174
aa) (Unions-)Rechtskonformer Haftvollzug	175
bb) Staatsanwaltschaftliches Einvernehmen	175
cc) Sonderfragen	176
IV. Heilung von Antragsmängeln	176
1. Ergänzung durch Behörde oder Gericht	177
2. Erfordernis persönlicher Anhörung	177
3. Wirkung einer Heilung	178
4. Folgen fehlender Heilung	178
V. Antragsrücknahme und Haftentlassung	178
Kapitel 13 Das Verfahren in 1. Instanz (AG)	181
I. Zuständigkeit des Amtsgerichtes	181
1. Zuständigkeit für Erstanordnung	181
2. Zuständigkeit für weitere Entscheidungen	182
II. Eingangsprüfung des Antrages	183
III. Anhörungstermin	183
1. Art und Weise der Anhörung	184
2. Zeitvorgabe für Antrag, Anhörung und Entscheidung	185
3. Beteiligte an Verfahren und Anhörung	186
a) Fakultative Beteiligte	186
b) Verfahrenspfleger	187
c) Verfahrensbevollmächtigte	188
aa) Bestellter Rechtsanwalt	188
(1) Verfahrensbezogene Bestellung	189
(2) Teilnahme am Termin	189
bb) Nachsuchen um Rechtsanwalt	191
cc) Verfahrenskostenhilfe und Beiordnung	192
(1) Antrag auf Verfahrenskostenhilfe	192
(2) Antragsprüfung	192
(3) Entscheidung über den Antrag	195
d) Dolmetscher	195

Inhaltsverzeichnis

4. Ladung und (zwangsweise) Vorführung	196
a) Verfahren nach Festnahme	196
b) Vorab-Haftantrag	196
5. Ablauf des Anhörungstermins	197
a) Aushändigung des Haftantrages	197
aa) Vollständige mündliche Übersetzung	198
bb) Aushändigungszeitpunkt und Adressat	198
b) Belehrungen des Betroffenen	199
c) Muster-Ablaufplan	200
d) Entscheidung(sgründe) (nicht) in der Sitzung	202
e) Befangenheitsanträge	203
f) Praktisch typische Einwendungen	204
IV. Entscheidung des Gerichtes	205
1. Bindung an behördlichen Haftantrag	205
2. Prüfung durch Amtsermittlung	206
a) Grundsatz (§ 26 FamFG)	206
b) Beweisanträge	207
c) Hauptsache oder einstweilige Anordnung	207
aa) Einstweilige Haftdauer und Verfahren	208
bb) Fälle einstweiliger Anordnungen	208
cc) Erneute Anhörung vor Hauptsache	210
3. Rubrum und Beschlussformeln	211
a) Beschlussformel bei Stattgabe	211
aa) Sachentscheidung	211
bb) Sofortige Wirksamkeit	212
cc) Auflagenerteilung bei einstweiliger Anordnung	213
b) Beschlussformel bei Zurückweisung	213
c) Verfahrenskostenhilfe und Beiordnung	214
d) Kostenentscheidung	214
aa) Kostenarten und Grundsatz	214
bb) Entscheidungsvarianten	215
(1) Unterliegen des Betroffenen	215
(2) Unterliegen der Behörde	216
cc) Dolmetscherkosten	217
dd) Mehrere Beteiligte	217
ee) Kostenquoten	218
e) Festsetzung des Gegenstandswertes	219

4. Gründe des Beschlusses	220
a) Sachgründe (Gründe zu I.)	220
b) Rechtsgründe (Gründe zu II.)	222
5. Rechtsmittelbelehrung und Unterschrift	222
6. Besondere Beschlussarten	222
a) Haftverlängerung (§ 425 Abs. 3 FamFG)	223
aa) Verfahrensgegenstand und Prüfungsmaßstab	223
(1) (Wechsel der) Verfahrensarten	223
(2) Aneinanderreihung einstweiliger Anordnungen	224
bb) Beschlussgestaltung und -inhalt	225
b) Haftaufhebung (§ 426 FamFG)	227
aa) Verfahrensgegenstand und Prüfungsmaßstab	227
bb) Verfahrenseinleitung und Verfahrensgang	228
cc) Beschlussgestaltung und -inhalt	228
c) Haftaussetzung (§ 424 FamFG)	230
aa) Verfahrenseinleitung und Prüfungsmaßstab	230
bb) Beschlussgestaltung und -inhalt	230
d) Abhilfeverfahren nach Beschwerde (§ 68 FamFG)	232
aa) Verfahrenseinleitung und Prüfungsmaßstab	232
bb) Verfahrensgang	233
cc) Beschlussgestaltung und -inhalt	233
e) Rechtswidrigkeitsfeststellung (§ 62 FamFG)	235
aa) Verfahrensgegenstand und Prüfungsmaßstab	235
(1) Rechtswidrigkeit einer Maßnahme	235
(2) Trägerverfahren und Erledigung	236
(3) Feststellungsinteresse	237
bb) Verfahrenseinleitung und Verfahrensgang	238
cc) Beschlussgestaltung und -inhalt	239
Kapitel 14 Das Verfahren in 2. Instanz (LG)	241
I. Verfahrensgegenstand	241
II. Zulässigkeitsprüfung	242
1. Statthaftigkeit der Beschwerde	242
2. Beschwerdeberechtigung	242
a) Der Betroffene	242
b) Verfahrensbevollmächtigte	243
c) Verfahrenspfleger	243
d) Familienangehörige und Vertrauensperson	244
e) Die Behörde	244

3. Form der Beschwerdeeinlegung	245
4. Einhaltung der Beschwerdefrist	246
5. Sonstige Hindernisse	247
III. Gang des Verfahrens	248
1. Prüfungsmaßstab und Bindungswirkung	248
2. Vorbereitung der Entscheidung	248
a) Beteiligte am Verfahren	248
b) Akteneinsicht	249
c) Verfahrenskostenhilfe und Beiordnung	249
d) Anhörungstermin	250
aa) Erforderlichkeit des Anhörungstermins	250
bb) Durchführung des Anhörungstermins	253
(1) Heilung von Antragsmängeln	253
(2) Terminvorbereitung	254
(3) Erledigung während des Verfahrens	254
IV. Entscheidung des Gerichtes	255
1. Bindung an Verfahrensgegenstand	255
2. Veränderung der Haftdauer und Sachlage	256
3. Rubrum und Sachentscheidung	257
4. Kostenentscheidung	259
a) Erfolgreiche Beschwerde	259
b) (Teilweise) erfolgreiche Beschwerde	259
5. Zulassung der Rechtsbeschwerde	260
a) Unstatthaftigkeit bei einstweiliger Anordnung	260
b) Statthaftigkeit im Übrigen	261
aa) Betroffener und Vertrauensperson	261
bb) Behörde	262
c) Zulassungsentscheidung	262
6. Festsetzung des Gegenstandswertes	263
7. Gründe des Beschlusses	264
a) Sachgründe (Gründe zu I.)	264
b) Rechtsgründe (Gründe zu II.)	265
8. Rechtsmittelbelehrung und Unterschrift	265
9. Einstweilige Anordnung (§ 64 Abs. 3 FamFG)	265
a) Verfahrenseinleitung und Verfahrensgegenstand	265
b) Prüfungsmaßstab und Verfahrensgang	266
c) Beschlussgestaltung und -inhalt	267

Kapitel 15 Das Verfahren in 3. Instanz (BGH)	268
I. Verfahrensgegenstand	268
II. Postulationsfähigkeit	269
III. Zulässigkeitsprüfung	269
1. Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	269
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	270
IV. Entscheidung des Gerichtes	271
Kapitel 16 Haftentschädigung	273
I. StrEG und Amtshaftung	273
II. Art. 5 Abs. 5 EMRK	274
1. Anspruchsberechtigter	274
2. Anspruchsverpflichteter	274
a) Gerichtliche Haftanordnung	275
b) Behördliche Haftanordnung	275
3. Rechtswidrigkeit der Haft	275
4. Kausaler Schaden	277
5. Verjährung	278
III. Rechtsweg	278
Kapitel 17 Protokoll- und Beschlussmuster	279
I. Download und Aktualisierungen	279
II. Sitzungsprotokoll Amtsgericht	279
III. Ablehnungsbeschluss (unzulässiger Haftantrag)	281
IV. Haftbeschluss (Sicherungshaft)	286
V. Haftbeschluss (Ausreisegewahrsam)	301
VI. Haftbeschluss (Vorbereitungshaft)	306
VII. Haftbeschluss ([Ergänzende] Vorbereitungshaft)	311
VIII. Haftbeschluss (Überstellungshaft)	315
IX. Haftbeschluss (Zurückschiebungshaft)	327
X. Haftbeschluss (Zurückweisungshaft, Transitgewahrsam)	330
XI. Haftbeschluss (Mitwirkungshaft, Mitwirkungsgewahrsam)	335
Stichwortverzeichnis	341